



SPD-Fraktion Ratzeburg

Uwe Martens

Ricarda-Huch-Weg 2, 23909 Ratzeburg

Tel.: 04541/84137, mobil: 0171/5866521

E-Mail: uwe.martens@spd-ratzeburg.de

Ratzeburg, 16.09.2025

**An den Herrn Vorsitzenden des
Finanzausschusses
Heinz Suhr
Unter den Linden 1
23909 Ratzeburg**

12. Sitzung des Finanzausschusses am 16.09.2025;

**Hier: Antrag (TOP 8.1) der Fraktionen der FRW und FDP „Einführung einer
Bettensteuer in der Stadt Ratzeburg“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Heinz,

die SPD-Fraktion erklärt zum o. a. Antrag mit der Bitte um wörtliche Aufnahme in die Niederschrift dieser Sitzung:

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass nun auch die FRW-Fraktion eine Möglichkeit schaffen möchte, den vor allem tourismusbedingten Kosten eine entsprechende Einnahmeseite gegenüberzustellen. Der nun vorliegende Weg zur Einführung einer Bettensteuer ist dabei nur die zweitbeste Lösung.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Einführung einer zweckgebundenen Kur- bzw. Tourismusabgabe den betroffenen Betrieben bzw. Vermietern und den Gästen unserer Stadt gegenüber gerechter und in Bezug auf den Einsatz der Mittel besser steuerbar gewesen wäre. Auch aus haushälterischer Betrachtung entspräche die Erhebung einer Kurabgabe eher den Grundsätzen von Wahrheit und Klarheit als eine nicht zweckgebunden erhobene Bettensteuer.

Die Ausgabe einer „Kurkarte“ hätte nicht nur als vielseitiges Instrument für das Ratzeburger Stadtmarketing genutzt werden können, sondern darüber hinaus Kooperationen mit Nachbargemeinden ermöglicht.

Die SPD-Fraktion hat in den ausführlichen Diskussionen in den Gremien immer wieder überzeugende Gründe zur Einführung der Abgabe vorgetragen. Leider haben sich die FRW-Fraktion, aber auch Teile der CDU-Fraktion, restriktiv gegen eine Einführung

positioniert und an dieser Stelle vor allem mit angeblich überbordendem Aufwand und ungerechter Veranlagung von diversen Gästen unserer Stadt (Kurgäste, Sportler etc.) argumentiert.

Aus diesen und ähnlichen Gründen wurde in der Vergangenheit auch die Einführung einer Bettensteuer abgelehnt (u. a. in der AG zu diesem Thema im Jahr 2019).

Trotz allem wurde am 09.12.2024 der Antrag der SPD-Fraktion in der Stadtvertretung mehrheitlich beschlossen, der die Verwaltung beauftragte, einen Satzungsentwurf und eine Kosten- und Einnahmeermittlung zur Erhebung einer Kurabgabe für die weiteren Beratungen vorzubereiten. Die SPD-Fraktion mahnt an, dass dieser Prozess bis zum heutigen Tage nicht abgeschlossen ist und lediglich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing dazu vorbereitend beraten wurde. Auf Initiative der Fraktionen der FRW und der CDU wären nunmehr erhebliche Ausnahmetatbestände hinsichtlich der Erhebung in eine solche Satzung einzupflegen. Hierdurch zeichnet sich ab, dass eine Kur- bzw. Tourismusabgabe in den Gremien nicht die erforderlichen Mehrheiten für eine Einführung finden bzw. im Ergebnis nicht mehr lohnenswert ausgestaltet sein würde. Dies nicht zuletzt auch, weil sich die FDP-Fraktion, die bisher die Einführung einer Kurabgabe unterstützte, mittlerweile für die Einführung einer Bettensteuer ausspricht.

Aus vorgenannten Gründen sind die Bemühungen zur Einführung einer Kur- bzw. Tourismusabgabe seitens der SPD-Fraktionen nicht länger zielführend, weshalb dem vorliegenden Antrag der Fraktionen von FRW und FDP nun grundsätzlich zugestimmt wird, um dem Ziel einer Erhöhung der Einnahmeseite zur Deckung der tourismusbedingten Kosten gerecht zu werden.

Hinsichtlich der Höhe und der Verwendung der Steuer sieht die SPD-Fraktion allerdings weiteren Beratungsbedarf. Aus Gründen der Erhebungsgerechtigkeit sollte ein prozentualer Satz auf die Übernachtungseinnahmen (netto) erhoben werden und die Stadtvertretung sollte abschließend hinsichtlich der Mittelverwendung ein klares Bekenntnis zum Tourismusstandort Ratzeburg und dessen finanzielle Ausstattung abgeben. Hierzu sollte der Ausschuss entsprechend empfehlen, auch wenn er insofern keine sachliche Zuständigkeit hat.

Abschließend appelliert die SPD-Fraktion an die Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen den vorgenannten Entwicklungen ebenfalls Rechnung zu tragen und im Sinne einer Grundsatzentscheidung zum Wohle unserer Stadt, dem Antrag zuzustimmen.

Freundliche Grüße
Uwe Martens

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Uwe Martens', written over the printed name.